

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. Einzelnummern 10 Pf. Die Postanstalten und Postämter sind verpflichtet, den Abnehmer zu bestellen. Die Abnahme ist für die Reichweite der Zeitung ein Beweis für die Wichtigkeit der Zeitung. Der Abnehmer ist verpflichtet, die Zeitung an alle Familienmitglieder zu verteilen. Die Abnahme ist für die Reichweite der Zeitung ein Beweis für die Wichtigkeit der Zeitung. Der Abnehmer ist verpflichtet, die Zeitung an alle Familienmitglieder zu verteilen.



Verlagspreis: die 4-spaltige Zeile 20 Pf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Pf. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 280 — 91. Jahrgang Seleg.-Abz.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Vollst.: Dresden 2640 Mittwoch, den 30. November 1932

Gelände-Erkundung.

Langsam rollt die Regierungskrise weiter, und man hat es sich allmählich abgewöhnen müssen, bestimmte Termine vorher als „Entscheidungen“ festlegen zu wollen. Jedenfalls das eine darf man aber sagen: der Reichspräsident gibt sich die allererdenklichste Mühe, einen Weg zu finden, auf dem es nicht zu einem erneuten und ebenso scharfen Ausbruch des Konflikts zwischen Regierung und Reichstag kommt wie nach den Wahlen des 31. Juli. In der ersten Etappe der Entwicklung versuchte Hindenburg, die Bildung eines Kabinetts herbeizuführen, das über eine Mehrheit der Volksvertretung verfügen würde. Die Absage Hitlers führte zum Abschluff dieser ersten Etappe; denn der darauffolgende Versuch des Zentrumsvorsitzenden Dr. Kaas war unter diesen Umständen von vornherein zum Misserfolg verurteilt. Und nun erwartete man — auch die grundsätzlichen Gegner eines Präsidialkabinetts taten dies resigniert — nichts anderes mehr, als daß Hindenburg das Schwergewicht der politischen Macht wieder in eine solches Kabinetts zurückverlegen würde.

Doch „erstens“ kommt es anders und zweitens als man denkt. Das „Zwischenstück Schleicher“ setzte ein und die Ausfühler schweiften tagelang hin und her, ob dieses Spiel unter der Leitung des jetzigen Reichswehrministers in zwar sehr dünne und kümmerliche, aber doch hörbare Harmonien mit der Musik herüberklingen würde, die vom kommenden Reichstage angetimmt werden könnte. Oder, deutlicher gesprochen: Schleicher suchte durch Verhandlungen vor allem mit den wirtschaftlichen Großorganisationen eine Art Tolerierung im und durch den Reichstag vorzubereiten, und das Wort vom „Waffenstillstand“ tauchte auf. Dabei sollte regierungseitig die politische Konzeption gemacht werden, man wolle die besonders kühnen Fragen der Reichsreform vorläufig ruhen lassen und sich hauptsächlich auf das Problem des Heute, Morgen und Übermorgen konzentrieren: die Arbeitsschaffung. Die andere Seite hingegen sollte möglichst durch Verlagerung des Reichstages nach seinem Zusammentritt dem Kabinetts eine „Anlaufstrecke“ gewähren, — alles letzten Endes mit dem Ziel, irgendwie eine womöglich noch gefeierte innenpolitische Rezipitur und die damit verbundene wirtschaftliche Beunruhigung zu vermeiden, vor der erst kürzlich der Reichsverband der Deutschen Industrie so dringend gewarnt hatte.

Was Schleicher vorläufig erst mal tun sollte und tun wollte, war eine Gelände-Erkundung, die er aber natürlich auch auf die politischen Parteien bis zu den Sozialdemokraten hinüber ausdehnte. Was er dort erfahren würde, konnte er sich ja eigentlich im voraus denken, weil es sich — wie so oft im deutschen Parteilieben — um „Grundfähliches“ handelt und man dabei kaum an ein Zusammengehen denkt, das man nämlich gleich als „Kompromiß“ bezeichnet. Das von Schleicher „erkundete“ und von Hindenburg in dieser Art wohl auch geplante Übergangskabinetts soll und will sich aber ganz oder vor allem auf die eine wirtschaftliche Aufgabe der Arbeitsbeschaffung beschränken, und an der Zuangriffnahme dieser Aufgabe möglichst nicht durch einen offenen überscharfen Konflikt mit dem Reichstag gehemmt oder gebindert werden.

Aber die Ergebnisse der Verhandlungen mit den wirtschaftlichen Großorganisationen, Gewerkschaften usw. drangen nur Andeutungen in die Öffentlichkeit, während die meisten politischen Parteien ihre Stellungnahme mehr oder weniger offen mitteilten. Allerdings könnte auch hier erst eine „Feldschlacht“ im Reichstag selbst endgültige Klarheit schaffen. Besonders schwierig war es für den Reichswehrminister, seine Erkundung auch auf die Nationalsozialistische Partei auszudehnen, weil dort die zur Verhandlung eingeladenen nächsten Berater Hitlers dem Minister erklärten, daß die Entscheidung über die Vorschläge Schleichers nur der Führer ihrer Partei treffen könne. Von dem Verhalten der Nationalsozialisten im Reichstag wird es aber abhängen, ob der von Hindenburg und Schleicher angestrebte „Waffenstillstand“, also eine vorläufige „Tolerierung“ eines Kabinetts mit dem von Schleicher vorgeschlagenen Sonderprogramm zustande kommt oder ob wieder der offene Konflikt mit der Reichstagsmehrheit ausbricht. Da die Vorschläge des Reichswehrministers auch dahingehen, durch Abänderung bestimmter sozialpolitischer Teile der letzten Notverordnung nationalsozialistischen Forderungen entgegenzukommen, so fällt die Entscheidung tatsächlich erst mit einem unzweideutigen „Nein“ Hitlers. Das aber würde auch ein Ende für die Bemühungen Hindenburgs bedeuten, wenn auch nicht eine Brücke, sondern eine Art Kluft zwischen Präsidialkabinetts und Volksvertretung zu bauen.

Wirtschaftskreise und Kabinettsbildung.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie teilt mit: Im Hinblick auf wiederholte Pressemeldungen, daß die Wirtschaftskreise bei der Kabinettsbildung um ihre Auffassung gefragt wären oder einen Einfluß auszuüben versucht hätten, ist festzustellen, daß weder der Reichsverband der Deutschen Industrie noch die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in dieser Richtung irgendwie in Anspruch genommen worden sind oder eine Veräufung ausgedrückt haben.

Doch ein Zwischenkabinetts Schleicher?

Neue Aussprache Hitler-Schleicher.

Ein Zwischenbericht an Hindenburg.

Die politischen Besprechungen, die am Dienstag über die Regierungsbildung in Berlin geführt wurden, waren begleitet von sensationell ausgefallenen Nachrichten, die davon wissen wollten, daß die Verhandlungen des Generals von Schleicher Schiffbruch erlitten hätten, und daß Reichskanzler von Papen in sein Amt zurückkehren würde. Die dann umzubildende Reichsregierung sollte als Kampfkabinetts gegen den Reichstag eingesetzt werden, der erst aufgelöst werden sollte. Neuwahlen sollten verschoben werden. Hindenburg, so hieß es weiter, würde sich mit einer Proklamation an das deutsche Volk wenden und Unterstützung der Regierungspläne für die kommenden schweren Wintermonate fordern.

Alle diese Gerüchte wurden von offizieller zuständiger Stelle als falsch oder zumindest als übereilt hingestellt. Feststeht, daß General von Schleicher am Dienstag den Führer der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion, Dr. Frick, zu einer Aussprache empfangen hat, um mit ihm über eine etwaige Tolerierung der neuen Reichsregierung und über den beabsichtigten politischen Richtungsverschiebung über die Wintermonate zu verhandeln. über das Ergebnis dieser Unterredung wird strengstes Stillschweigen bewahrt, doch verlautet, daß Dr. Frick dem Reichswehrminister gegenüber erklärt hat, seine Partei würde sich einem Kabinetts Schleicher gegenüber nicht anders verhalten als gegenüber einem Kabinetts Papen. Doch soll er hinzugefügt haben, daß er politische Verhandlungen gar nicht ermächtigt sei, daß solche Verhandlungen vielmehr nur von Hitler selbst geführt werden könnten. Daraufhin soll sich General von Schleicher

nachmals an Hitler gewandt

und ihn gebeten haben, so schnell wie möglich nach Berlin zu kommen, damit hier mit ihm über die Frage des politischen Waffenstillstandes gesprochen werden könnte. Jedenfalls wurde in Regierungskreisen erklärt, daß der Reichspräsident eine Übereilung der Entscheidung für unrichtig halte. Er werde vielleicht erst auf Grund weiterer Verhandlungen und auf Grund einer neuen Heranziehung von Parteiführern zu den Besprechungen die sehr schweren und ernsten politischen Maßnahmen am Donnerstag treffen. Diese offiziöse Erklärung erfolgte nach einem Empfang des Reichskanzlers von Papen und des Reichswehrministers von Schleicher durch Hindenburg, der sich von ihnen einen Zwischenbericht über die politische Lage und die von ihnen geführten Verhandlungen mit Politikern und Wirtschaftsführern geben ließ.

Bei dieser Gelegenheit wird Reichswehrminister von Schleicher auch auf die Aussprache hingewiesen haben, die er mit dem Führer der Zentrumspartei, dem Prälaten Kaas, am Montag hatte. Von Zentrumseite wird hierzu mitgeteilt, daß Schleicher in der etwa zwei Stunden dauernden Unterredung den Prälaten Kaas über die Art und den Umfang des ihm vom Reichspräsidenten zuteil gewordenen Auftrages berichtet habe. Wie es heißt, soll die Unterredung beim Zentrumsführer einen günstigen Eindruck hinterlassen haben. Bei der Aussprache, die Schleicher mit den Gewerkschaftsführern hatte, soll der Reichswehrminister ein starkes Entgegenkommen hinsichtlich der sozialpolitischen und lohnpolitischen Notverordnungen, zum Teil sogar auf ihre Aushebung zugesagt haben. Da die Baderische Volkspartei und die Deutsche Volkspartei nicht abgeneigt sein dürften, ein Kabinetts Schleicher zu tolerieren, so hängt die Entscheidung über das Zustandekommen eines Übergangskabinetts Schleicher und damit eines politischen Waffenstillstandes für die Wintermonate nicht zuletzt von dem Ergebnis der Verhandlungen ab, die der Reichswehrminister mit den Nationalsozialisten führt.

Hitler kommt nach Berlin.

Wie von zuverlässiger Seite gemeldet wird, hat Hitler sich entschlossen, dem Wunsch Schleichers zu entsprechen und Mittwoch zu einer Aussprache über die politische Lage nach Berlin zu kommen. Der genaue Zeitpunkt der Verhandlungen wird im Interesse einer ungekürzten Aussprache geheimgehalten.

Wenn die Verhandlungen scheitern...

Sollten die in Aussicht genommenen weiteren Verhandlungen nicht zu dem angestrebten Ergebnis eines politischen Waffenstillstandes kommen, dann gilt nach wie vor eine Wiederbetragung Papens als das wahrscheinlichste, obgleich Herr von Papen auf Grund der Besprechungen, die er seinerseits geführt hat, sich offenbar nur ungern zu einer neuen Übernahme der Kanzlerschaft entschließen würde. Auf jeden Fall würden Sicherungen dagegen getroffen werden, daß der Reichstag, der selbst außerlands ist, die Krise positiv zu lösen, nicht die Arbeit

des neuen Kabinetts stört. Die Entscheidung über diese Maßnahmen liegt beim Reichspräsidenten. Es stehen mehrere Gedankengänge zur Erwägung:

1. Auflösung des neuen Reichstages nach seiner Konstituierung (diese Konstituierung selbst betrachtet man als zwingend von der Verfassung geboten) und dann entweder Neuwahlen innerhalb der verfassungsmäßigen Frist von 60 Tagen oder Hinanschiebung der Neuwahlen mit Rücksicht auf den Staatsnotstand, der angesichts der gesamten Lage bestehe.

2. Verlagerung. Weiter steht die Möglichkeit zur Erörterung, den Reichstag nach seiner Konstituierung auf Grund des Artikels 48 und des gegebenen Staatsnotstandes zwangsweise auf eine gewisse Zeit zu vertagen, an deren Schluß sich dann das neue Kabinetts in der üblichen Weise dem Reichstag stellen würde.

Außerdem ist beachtenswert, daß sich Reichspräsident von Hindenburg unmittelbar an das deutsche Volk wendet, um diesem in einer Rundfunkrede oder einem Aufruf Klarzulegen, weshalb er sich genötigt gesehen hat, die Maßnahmen zu ergreifen, zu denen er sich entschließen würde.

Die Haltung der Nationalsozialisten.

Die Münchener Nationalsozialistische Korrespondenz veröffentlicht unter der Überschrift „Mut zur Wahrheit“ einen Artikel des Pressescheffs der NSDAP, in dem es u. a. heißt: Der Weg der NSDAP führe nur über Adolf Hitler. Wer gegen den Führer der Bewegung sei, der müsse wissen, daß er auf unerbittliche Feindschaft stoße. Man sollte meinen, daß diese selbstverständliche Konsequenz auch den amtlichen Kreisen und den Ratgebern an erster Stelle inzwischens klar geworden sein müßte. Es müßte ihnen wenigstens die Erfahrung gezeigt haben, daß bisher noch jedes Präsidialkabinetts zum Scheitern verurteilt gewesen sei, das geglaubt habe, ohne und gegen die Nationalsozialisten regieren zu können. Ein „Waffenstillstand“ in diesem Augenblick würde ein Freibrief sein für weitere Regierungsexperimente. Nachdem die Unmöglichkeit der Ausschaltung der nationalsozialistischen Bewegung aus der Regierungsführung erwiesen sei, würde eine neue Verschleierung und Verschleppungspolitik nur neues Unheil über das deutsche Volk heraufbeschwören. Die NSDAP könne es vor dem deutschen Volk nicht vertreten, sich zu einem solchen ebenso aussichtslosen wie verhängnisvollen Weggehen herzugeben.

Ein Dementi Görings.

Keine Besprechung Schleichers mit Straffer und Frick.

Wie Reichstagspräsident Göring mitteilt, hat entgegen anderslautenden Berichten am Dienstag keine Besprechung oder anderweitige Führungsgespräche zwischen General von Schleicher und den Abgeordneten Straffer und Dr. Frick von der NSDAP stattgefunden. Auch keine andere Persönlichkeiten der NSDAP. hatte eine Besprechung mit dem Reichswehrminister.

Zentrum hält an einer Not- und Arbeitsgemeinschaft fest.

Die neue Zentrumsfraktion des Reichstages hat, wie die Germania mitteilt, auf ihrer ersten Sitzung am Dienstag die Haltung der Parteiführung, wie sie in den politischen Verhandlungen der letzten Wochen zum Ausdruck gekommen war, einmütig gebilligt. Die Fraktion halte ferner an dem Ziele der Schaffung einer Not- und Arbeitsgemeinschaft zwischen allen in Betracht kommenden Parteien fest. Nur auf diesem Wege könne dem Reiche in dieser gefährlichen Zeit eine sichere, vom Volksvertrauen getragene, verfassungstreue und soziale Staatsführung und dem erschütterten Wirtschaftsleben die notwendige Beruhigung gegeben werden.

Vor der neuen Unterredung Schleicher-Hitler.

Berlin, 30. November. Von den Berliner Blättern wird allgemein auf die große Bedeutung hingewiesen, die der für heute (Mittwoch) erwarteten Besprechung des Reichswehrministers v. Schleicher und dem Führer der NSDAP, Adolf Hitler, zukommt. Die „D.Z.“ weist darauf hin, daß die Preußenfrage innerhalb der Besprechung von Schleicher-Hitler sicher einen wichtigen Punkt bilden werde. Von nationalsozialistischer Seite werde ergänzend bemerkt, daß die Besprechung wohl vorwiegend den Plänen gälte, den Reichstag nach seiner Konstituierung zunächst bis zum 10. Januar zu vertagen, um Raum für neue Verhandlungen über die Regierungsbildung zu ge-